

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 8

Charlottenburg, Freitag, den 25. Februar 1916

Jahrg. 43

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 5. bis 12. Februar haben keine Berichte eingesandt:

Auma, Coburg, Limbach, Muzschen, Schmiedefeld.
Das Verbandsbüro.

Die Nahrungsmittelversorgung im Kriege.

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Die deutsche Sozialdemokratie hat gleich nach Ausbruch des Krieges auf die große Bedeutung der Sicherstellung unserer Nahrungsmittelversorgung hingewiesen. Was der Vorstand der Partei im Verein mit der Generalkommission der Gewerkschaften damals vorschlug, um die Schwierigkeiten in der Zufuhr von Nahrungsmitteln, in der Verteilung und Preisfestsetzung zu beheben, hat sich zuerst nur schwer durchzusetzen vermocht, heute aber, nach 17 Monaten bitterer Kriegserfahrungen, gilt es als wichtiger Grundsatz der Nahrungsmittelversorgung. Es war keine übermäßige Mengpflicht, wenn Maßregeln gefordert wurden, die das ganze Wirtschaftsgetriebe, den freien Wettbewerb ausschalten sollten, um Organisation und Regelung an Stelle der Willkür zu setzen, sondern es war die Erkenntnis, daß ein Haushalten nur möglich ist mit der Durchführung eines weitgehenden Zwanges.

Dieses Haushalten war nötig, wenn wir nicht in große Bedrängnis kommen wollten. Unsere Hauptnahrungsmittel zeigen auch gegenwärtig noch kein Manko auf, das uns Gefahr bringen könnte; aber wir haben auch keinen Ueberfluß. Auskommen heißt hier einteilen, so daß jeder den Mangel fühlt, auch der, dem sonst ein wohlgefüllter Geldbeutel gestatten würde, sich vor dem Mangel zu schützen. Das haben wir bei der Brotverteilung erreicht, sind aber leider nicht weiter darüber hinausgekommen. Wir müssen verhindern, daß durch unüberlegte Einkäufe große Bestände von Nahrungsmitteln in den Einzelhaushalten sich anhäufen, weil damit die Gesamtheit schwer geschädigt wird. Die hohe Preislage für Nahrungsmittel macht es schon vielen fast unmöglich, auch nur das Notwendigste in annäherndem Maße einzukaufen, obwohl die schwer arbeitende Bevölkerung in erster Linie mit hinreichender Nahrung versehen werden muß.

Für unsere Lebensmittelversorgung ist die Steigerung der Produktion, eine richtige Einteilung des Anbaues in der Landwirtschaft und die Sicherung unserer Viehhaltung von großer Bedeutung. In allem sind wir im wesentlichen auf uns selbst angewiesen, auf das, was im Inlande erzeugt werden kann. Scheuen wir uns jedoch nicht vor weitgehenden Eingriffen in die privatkapitalistische Produktionsweise, so kommen wir ohne schwere Schädigung über die Bewegung des Marktes hinweg und brauchen auch jetzt, nach bald anderthalbjähriger Kriegsdauer, keine Besorgnis zu hegen.

Aber diese Scheu vor dem Eingriff besteht noch. Das haben auch die jüngsten Reichstagsverhandlungen bewiesen, in denen ausführlicher als sonst die Frage der Lebensmittelversorgung erörtert wurde. Unter dem Zwange der Verhältnisse ist die Abneigung gegen die Eingriffe in die freie Verfügung der Produzenten und des Handels zwar zurückgegangen, aber das Zögern und das Aufstürmen von Erschwernissen deutet

an, wie widerstrebend man dem ganzen System der inneren Kriegsorganisation Zugeständnisse macht.

Hört man die Vertreter der bürgerlichen Parteien, so sollte man glauben, niemand erhebe Einspruch gegen die Festsetzung von Höchstpreisen; und doch zeigt sich der Gegensatz, sobald man die einzelnen Nahrungsmittel unter diese Zwangsbestimmung stellen will.

Die Landwirtschaft, soweit sie vom Bund der Landwirte dirigiert wird, will möglichst hohe Preise haben; die Schweinepreise sind angeblich zu niedrig, die Getreidepreise mäßig, die Gemüse- und Kartoffelpreise müssen erhöht werden. Gewiß, Herr Dr. Köstke betonte im Reichstag, seine Freunde seien bereit, aus Staatsmitteln für die ärmere Bevölkerung Ermäßigungen zu gewähren, damit die Nachteile der hohen Preisbildung sie nicht zu hart treffe. Die sozialdemokratische Fraktion will diese Aufgabe in der erhöhten Zuwendung von Unterstützungen an Hilfsbedürftige sehen, nicht aber in einer Subventionierung der Landwirtschaft, wie es Herr Köstke bezweckt. Die Zuwendung an die Landwirtschaft erscheint uns schon deshalb verfehlt, weil die Preise gegenwärtig sehr hoch sind und die gesteigerten Produktionskosten reichlich decken. Gegen die Festsetzung von Rindviehpreisen, um die recht empfindliche Preissteigerung hier aufzuhalten, hat die konservative Partei entschieden Einspruch erhoben, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß diese Aufwärtsbewegung der Vieh- und Fleischpreise leider noch weiter anhalten wird. Eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel, die Kartoffel, die heute einen mäßigen Höchstpreis aufweist, steht schon wieder vor der Gefahr einer erneuten Steigerung des Preises. Ein von der sozialdemokratischen Partei gestellter Antrag, die Preise nicht zu erhöhen, ist von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Die Höchstpreisfestsetzungen so zu handhaben, daß an Stelle der sprunghaften Preissteigerungen im freien Handel eine stete Steigerung durch Verordnungen der Regierung tritt, heißt denn doch den Zweck, der durch die Höchstpreisfestsetzungen erreicht werden soll, in sein Gegenteil verkehren.

Immer wieder klingt aus den Reden der konservativen Partei die Klage heraus, daß die Landwirtschaft nur Opfer bringe, daß sie dagegen den Vorwurf der übermäßigen Preisforderung nicht verdiene. Niemand wird verkennen, daß auch die Landwirtschaft wie alle übrigen Stände schwere Lasten im Kriege zu tragen hat. Die Erschwernisse der Landwirtschaft bestehen hauptsächlich in dem Mangel an genügenden Futtermitteln und in dem Fehlen von Zugvieh. Darunter leidet besonders der kleine Besitz, der für seine Viehhaltung zukaufen muß, während der Großgrundbesitz in der Lage ist, zu den ganz ungewöhnlich hohen Preisen noch Futtermittel abzugeben. Auch in dieser Zeit sind die Interessen der Großgrundbesitzer wahrlich gut gewahrt worden.

Die Vertreter der liberalen Parteien haben sich zwar grundsätzlich gegen notwendige Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe nicht ausgesprochen, aber sie sind nur mit vielen Wenn und Aber dabei. Sie lassen immer wieder die Neigung erkennen, daß sie alles von Verordnungen des Bundesrats erwarten. In den Stadtgemeinden geht man aber vorsichtig an den Interessen des Handels vorüber. Mit Recht hat der Staatssekretär Dr. Delbrück darauf hingewiesen, daß der Bundesrat den Gemeinden die Befugnis erteilt hat, den Handel auszuschalten und die Versorgung des Marktes selbst zu übernehmen oder den Handel so zu beeinflussen, daß in Zwangsverbänden eine Regelung des Geschäftsverkehrs nach den Grund-

sagen des Allgemeinwohls erfolgt. An diese Probleme ist man jedoch nur ganz vereinzelt herangegangen, obwohl hier ein Mittel in die Hand der Gemeinden gegeben worden ist, das ihnen und der Allgemeinheit sehr nützen kann.

Die Durchführung der Höchstpreise setzt in vielen Fällen das Ausschalten des Handels voraus, weil der Handel fortgesetzt bemüht ist, alle ihm unbequemen Forderungen zu umgehen und dadurch die Verordnungen wirkungslos zu machen. Den ersten größeren Versuch der Zwangsorganisation des Handels wird nunmehr die preussische Regierung unternehmen. Der Unterstaatssekretär Dr. Freund im preussischen Ministerium des Innern hat in einem sehr beachtenswerten Artikel die Zwangsorganisation für den Viehhandel gefordert. Diese Organisation unter Kontrolle der Regierung wäre in der Lage, bestimmte Preise festzusetzen, die Spesen einheitlich zu gestalten, die Vermittlung nach Bezirken zu ordnen, den unrealen Handel auszuschalten. Eine solche Organisation kann unter energischer Leitung gutes leisten, wenn sie sich davon frei hält, ihre Macht zu mißbrauchen. Bedenklich wäre es nur, wenn die preussische Regierung glauben sollte, daß damit die weitere Preissteigerung auf dem Schlachtviehmarkt zum Stillstand komme; hier helfen nur Höchstpreise, die aber um so besser durchgeführt werden müssen, wenn der Handel unter Aufsicht gestellt wird.

Die sozialdemokratische Partei hat im Reichshaushaltsauschuß alle wichtigen Fragen der Lebensmittelversorgung zu Anträgen formuliert und darüber umgehende Erörterungen veranlaßt. Die Anträge sind mit wenigen Ausnahmen angenommen worden und damit wäre eine gewisse Einheitlichkeit in der Auffassung des Reichstags erzielt. Ob nun auch die Regierung sofort diesem Verlangen entsprechen wird, ist freilich eine andere Frage; die Vorurteile in den maßgebenden Regierungskreisen gegen Eingriffe in die privattapitalistische Produktion sind so stark und werden von den Interessentkreisen so eifrig gestützt, daß die Regierung sich nur mit Widerstreben von einer unvollkommenen Ausnahme zur andern drängen läßt. Es würde besonders eine Aufgabe des Beirats für Ernährungsfragen sein, die Regierung vorwärts zu drängen.

Durch den Beirat, der in der jetzigen Tagung des Reichstags ins Leben gerufen worden ist, wird eine von unseren Parteifreunden schon früher gestellte Forderung zu einem guten Teil erfüllt. Die Bedeutung der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise dürfte damit etwas in den Hintergrund gedrängt werden, denn der Beirat wird dieselben Fragen zu behandeln haben. Die Neuorganisation hat den Vorteil, daß die Regierung in ständiger Fühlung mit dem Reichstag bleibt und der Reichstag damit selbst einen Teil der Verantwortung übernimmt. Die regelmäßigen Sitzungen des Beirats ermöglichen es auch, sofort die aktuellen Fragen zu erörtern.

Sehr unangenehm wird in der Bevölkerung die Anordnung berühren, daß vom Bundesrat die Brotationen herabgesetzt wurden. Es scheint, daß man hier mit mehr Vorsicht an diese Neuregelung herangegangen ist als notwendig gewesen wäre; aber es wird auch niemand die Verantwortung übernehmen wollen, die erforderlichen Sicherungen abzulehnen. Die Hauptsache ist, daß wir auskommen; erscheint es geboten, Beschränkungen eintreten zu lassen, dann ist es besser, sie erfolgen frühzeitig; um so weniger empfindlich werden sie uns treffen.

Die Lebensmittelversorgung während des Krieges ist ein Teil unserer Kriegsführung. Von ihrer Lösung hängt viel ab. Niemand aber leidet unter unzweckmäßigen oder zu späten Maßnahmen mehr als die große Masse der Minderbemittelten, deren Kaukraft fortgesetzt sinkt. Wohl sind auch im Auslande die gleichen Erscheinungen der hohen Marktpreise vorhanden; aber gerade wir fordern, daß die Waren aus unserer ausländischen Produktion, von denen wir heute haben, nicht unter die wilden Preistreiber kommen, sondern daß sie so verteilt werden, daß keiner aus der Notlage des andern Vorteile zieht.

allgemein notwendig sein wird, müssen wir abwarten. Nicht lange nach Ausbruch des Krieges wurde uns bekannt, daß einigen Drehern die Zumutung gestellt wurde, 25 Prozent billiger zu arbeiten, als die anderen. Es sollte sich damals um jüngere Kollegen handeln, die die Notwendigkeit für eine solche Maßnahme nicht einsehen konnten und die Fabrik verließen. Jetzt waren es die Arbeiterinnen der Dreherei, Gießerei und Garniererei, bei denen der Konflikt ausbrach. Bei diesen waren Defekte vorgekommen, vermutlich nicht jetzt erst während der Kriegszeit, sondern wohl auch früher schon. Wenn es früher aus diesem Anlaß nicht zu Differenzen kam, dann darf angenommen werden, daß die Firma damit ihr Unterkonto belastete, wie das eigentlich auch selbstverständlich ist, sofern es sich nicht um Schaden handelt, der der Firma durch Vorsätzlichkeit oder grobe Fahrlässigkeit zugefügt wird. Eine einwandfreie Prüfung der Ursachen der vorgekommenen Defekte und damit der Schuldfrage hätte wohl auch diesmal einen Konflikt vermeiden lassen. Es ist überflüssig zu bemerken, daß die Behauptung der einen Seite nicht als zuverlässige und einwandfreie Feststellung angesehen werden kann, zumal in einer so schwierigen Frage, wie es die Defektfrage im allgemeinen ist. Die Firma, für die fest zu stehen schien, daß die Arbeiterinnen die allein Schuldigen waren, schlug das einfachste Verfahren ein, machte die Arbeiterinnen ersatzpflichtig für den verursachten Schaden und zog kurzer Hand den Betrag vom Lohne ab. Dazu hatte die Firma natürlich kein gesetzliches Recht. Welcher Art die Abzüge vom Lohn sind, die nach den gesetzlichen Bestimmungen berechtigter Weise gemacht werden dürfen, ist auch der Firma Jäger bekannt. Daß jemand, der Schadenersatzansprüche an einen andern stellt, verpflichtet ist, den Nachweis zu erbringen, daß ihm tatsächlich ein Schaden erwachsen ist, durch Verschulden dessen, der ersatzpflichtig gemacht werden soll, weiß die Firma Jäger auch. Daß sie auch dann, wenn sie den Nachweis erbracht hat, daß sie berechnete Schadenersatzansprüche an den einen oder andern der Arbeiter oder Arbeiterinnen zu stellen hat, diese noch lange nicht ohne weiteres und gegen den ausdrücklichen Willen des Arbeiters vom Lohne in Abzug bringen darf, sollte die Firma ebenfalls wissen. Im vorliegenden Falle wurde den Arbeiterinnen etwa nicht nur der Arbeitslohn für die unbrauchbar gewordenen Stücke in Abzug gebracht, sondern ein weit höherer Betrag. Einer Garniererin wurden z. B. für 260 Becher, die Hentelkrisse bekommen hatten, 17 Mark angerechnet, während sie für ihre Garnierarbeit pro hundert Becher 0,65 Mk. erhält. Einer Ueberformerin wurden für 66 Teller, für die sie 1,10 Mk. pro Hundert Arbeitslohn erhält, am Lohne abgezogen 6,80 Mk. usw. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich um Arbeiterinnen handelt, die fast alle schon längere Zeit mit diesen Arbeiten bei derselben Firma beschäftigt sind. So ist eine bereits 18 Jahre, eine 14 Jahre, eine 1 1/2 Jahre usw. im Betriebe der Firma Jäger beschäftigt. Daraus muß geschlossen werden, daß es sich nicht um Leute handelt, die jeden Verantwortlichkeitsgefühlsbar und keinerlei Pflichtbewußtsein kennen. Welche Bedeutung für Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst von 14—15 Mk. Lohnabzüge in solcher Höhe haben, kann sich jeder für sich ausmalen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Empörung über diese Lohnabzüge eine so hochgradige war, daß 23 Arbeiterinnen sofort die Arbeit niederlegten und die Fabrik verließen. Inzwischen scheint die Firma aber selbst eingesehen zu haben, daß sie diesmal doch weit übers Ziel hinaus geschossen, denn sie zahlte, wenn auch nur einen Teil des abgezogenen Geldes wieder zurück. Es ist anzunehmen, daß die Firma gegenwärtig nicht gut auf die ferneren Dienste der 23 Arbeiterinnen verzichten konnte und dieser Umstand mag mit dazu beigetragen haben, ihr ein Verlassen des ursprünglichen Standpunktes nahe zu legen. Die Betroffenen haben ihre alten Plätze wieder eingenommen und damit ist der alte burgfriedliche Zustand wieder hergestellt.

Hoffentlich ist dieser Vorgang nicht ganz ohne Wirkung auf die 23 Kolleginnen geblieben, die heute unserer Organisation nicht angehören. Es sollte erwartet werden, daß auch diese nunmehr einsehen, daß es am falschen Ende sparen heißt, wenn man die Verbandsbeiträge sparen will. Das mehrfache von dem, was dadurch gespart werden soll, wird regelmäßig an anderer Stelle verloren gehen. Um diese Binsenwahrheit zu begreifen, sollte es eigentlich nicht immer wieder solcher Vorfälle bedürfen. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen in Marktreidwig, die unserm Verbands noch nicht angehören, die einzige Schlussfolgerung, die aus diesem Vorgang vom Arbeiterstandpunkte aus nur gezogen werden kann, nun auch ziehen lernen und sich ungesäumt organisieren, dann dürfte das

Aus unserem Berufe

Marktreidwig. Der Burgfrieden bei der Firma Jäger & Co. scheint ein nur sehr dünnes Gewinnschiff zu sein, das schon einmal abzureißen drohte und in jüngster Zeit auch tatsächlich abgerissen ist. Der Faden ist allerdings wieder geknüpft worden; ob er nun aber auch wirklich so lange hält, wie es

würdiger Abschluß des an sich unangenehmen Vorkommens sein.

Den uns fernstehenden Kollegen allerorts aber rufen wir nicht Euch diesen und ähnliche Vorfälle zur Lehre, laßt nicht erst durch Stockschläge auf den Magen an Eurer Pflicht erinnern, organisiert Euch aus eigenem Antrieb, in der Erkenntnis, daß kein Arbeiter von heute seine Organisationspflicht ungestraft verlegen darf.

Preiserhöhung in der Steingutindustrie. Blättermeldungen zufolge beschloß die Vereinigung Deutscher Steingutfabriken die Erhöhung der Verkaufspreise um 25 Prozent.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 15. Februar d. J. war zu lesen:

Die Streitigkeiten in der Porzellanindustrie. In den letzten Tagen hielt der Verband Deutscher Porzellanfabriken in seinen Sitzungen ab zwecks Besprechung der Situation in der Porzellanindustrie unter Berücksichtigung der mit einem Teil der Händler bestehenden Streitigkeiten. Der Verband Deutscher Porzellanfabriken teilt uns als Ergebnis der Beratungen der letzten Tage folgendes mit: „Die Streitigkeiten zwischen dem Verbande Deutscher Porzellanfabriken und dem Händlerverbande dauern noch fort, wobei allerdings zu bemerken ist, daß bereits eine Verständigung mit einem Teil der Händlerschaft, worunter sehr angesehenen und alte Händlerfirmen befinden, herbeigeführt ist. Die Porzellanfabriken haben für die ihnen infolge des Krieges noch verbliebenen Arbeiter und Beamten auf Monate hinaus ausreichende Beschäftigung. Eine Gefahr, daß die Industrie infolge mangelnder Beschäftigung zu Entlassungen verurteilt müßte, besteht nicht und ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Das wäre nur zu befürchten, wenn dem Verlangen der Händlerverbände auf Freigabe der Preise nachgegeben würde. Denn, wie die Bilanzen der großen Porzellanfabriken ergeben, arbeitet die Industrie während der Dauer des Krieges schon jetzt ohne Gewinn, teilweise sogar mit erheblichem Verlust. Ein Preiskurz, der die sichere Folge der Freigabe der Preise sein würde, würde die Fabriken zwingen, Betriebe zu schließen, da alsdann mit Rücksicht auf die Preissteigerung mehr als das Doppelte gesteigerten Herstellungskosten fortgesetzt werden könnte. Gegenüber einzelnen Meldungen, daß infolge des Streites mit den Händlern die Armeekorps ihren Bedarf nicht mehr würden decken können, darauf hingewiesen, daß die Geschäftsstelle des Verbandes beauftragt und jederzeit in der Lage ist, solche Händlerfirmen aufzuweisen, die ihre Beziehungen zu den Verbandsfabriken recht erhalten haben und durch die jeglicher Bedarf der militärischen Stellen prompt gedeckt werden kann.“ Zu dieser Mitteilung des Verbandes hören wir noch, daß die Preise unbedeutend belassen werden sind.

In der nächstfolgenden Nummer desselben Blattes fanden wir nachstehende Notiz:

Zu dem Streit im deutschen Porzellanhandwerk, über den wir gestern morgen berichteten, wird uns nunmehr vom Händlerverein deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan- usw. Fabriken, also von der „Händlerseite“, geschrieben, daß zwar ein Teil der Händler, die den von ihr vollzogenen Revers für die Geschäftsbedingungen von dem Fabrikantenverband zurückgefordert hatten, inzwischen wiederum „umgefallen“ ist, daß aber über 1000 Firmen den Revers endgültig zurückgefordert haben. Weiter will der Verband zur Zeit auf den Streit nicht eingehen, da von einer Staatsbehörde Verhandlungen zwischen den beiden Parteien eingeleitet sind.

Vermischtes

Thüringen. Der Preis der Jubiläumsstiftung der Thüringer Städte im Betrage von 350 Mark ist dem stud. Med. Leo Bollrath aus Altenburg für seine Abhandlung über die von der medizinischen Fakultät der Universität Jena gestellte Preisaufgabe: „Die Tuberkuloseererblichkeit der Porzellanarbeiter Thüringens ist zu untersuchen“, zuerkannt worden. (Berl. Tgbl.)

Mit der Kriegspatenversicherung wird durch die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten ein Lärm gemacht, der in keinem Verhältnis zu den damit zu erzielenden

Erfolgen steht. Wer Kindern, die ihren Vater im Kriege verloren haben, für die Zeit des Beginns der Lehrzeit, für die Militärdienstzeit oder zur Erwerbung einer Aussteuer behilflich sein will, kann das unter sehr günstigen Bedingungen durch Abschluß einer Versicherung bei der Volksfürsorge erreichen. Für solche Versicherungen ist die Bezahlung der Prämien auf einmal möglich nach Abzug eines angemessenen Kontos. Dadurch kann ein sogenannter Pate, der in der Lage ist, auf die ratenweise Zahlung der Prämien verzichten zu können, seine Verpflichtungen mit einem Male erfüllen. Familien von Kriegsteilnehmern, welche bei der Kriegsversicherungskasse versichert sind, und denen nach dem Kriege die Auszahlung einer größeren Versicherungssumme zusteht, können davon mit Prämienvorauszahlung ihren Kindern erhöhte Versicherungssummen bis zum 14. bzw. 20. Lebensjahre sicherstellen. In allen diesen wichtigen Dingen erhalten die Interessenten die beste Auskunft bei den Rechnungsstellen der Volksfürsorge

Literarisches

Im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die vereinigten Staaten Mitteleuropas** von Karl Rautsky. Preis 50 Pf.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 21. Heft vom 1. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Versammlungs-Berichte etc.

Magdeburg. Die letzte Pforten-Versammlung beschäftigte sich nach Entgegennahme des Kassenberichts vom 4. Quartal in der Hauptsache mit der Frage: „Wie stellen wir uns zu den vom Hauptvorstand neu gereinigten Unterstützungslagen?“ Wenn auch alle Redner in der Debatte anerkannten, daß der Hauptvorstand seine Maßnahmen von dem Gesichtspunkt aus treffen muß, den Verband während des Krieges lebensfähig zu erhalten, so gaben doch alle der Meinung Ausdruck, daß in der Frage der Krankenunterstützung unbedingt etwas geschehen müsse. Wenn z. B., wie wir es hier zu verzeichnen haben, die Mitglieder gezwungen sind neben ihren hohen Beiträgen noch Geldsammlungen unter sich zu veranstalten, um erkrankte Kollegen vor der äußersten Not zu bewahren, so ist das wohl ein böser Beweis von der Opferlosigkeit der Kollegen, aber agitatorisch für den Verband wirkt es auf keinen Fall. Und letzteres sollten wir vor allen Dingen im Auge behalten. Denn wenn man heute einen uns Fernstehenden zu gewinnen sucht, so erhält man in der Regel zuerst die Frage: „Wie verhält sich's mit Leistung und Gegenleistung?“ Sucht man dem Betreffenden begrifflich zu machen, daß die Herabsetzung der Unterstützungslagen auf die außergewöhnlich ungünstigen Verhältnisse, in denen wir gegenwärtig leben, zurückzuführen sind, so bekommt man zur Antwort: „Andere Verbände können doch mehr leisten, warum könnt Ihr es nicht?“

Von verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, welcher großer Fehler es war, daß die Verschmelzung mit anderen Verbänden seiner Zeit nicht zustande gekommen ist. Der jetzige Krieg hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß kleine Verbände absolut keinen Zweck mehr haben, und die wirtschaftlichen Kämpfe, die auch uns Porzellanarbeitern nach dem Kriege nicht erspart bleiben werden, werden uns dies noch deutlicher vor Augen führen. Unser nächstes Ziel müsse deshalb sein, uns großen, leistungsfähigen Verbänden anzuschließen, denn nur dann werden wir in der Lage sein, etwas Ersprießliches zu leisten und Erfolge zu erzielen.

Nach längerer Debatte, in welcher noch das Bedauern ausgesprochen wurde, daß auch Rentenbezieher vom Bezug der Unterstützung ausgeschlossen sind, wurde folgender Antrag angenommen:

„Den Hauptvorstand zu ersuchen, die Sperrung des 12 Proz.-Fonds aufzuheben und den Pforten das Recht zu gewähren, erkrankte Mitglieder daraus zu unterstützen.“

Anmerkung der Redaktion. Mit der Redewendung, daß in der Frage der Krankenunterstützung unbedingt etwas geschehen müsse, ist noch nicht viel getan, wenn nicht gleichzeitig gezeigt werden kann, wie und was geschehen könnte. Sollen die für die Krankenunterstützung erforderlichen Mittel an anderer Stelle gespart werden, ev. an welcher?

Zu der Bemerkung, daß der jetzige Zustand nicht agitatorisch wirke, wollen wir bemerken, daß für eine Verwendung der Verbandsmittel nach rein agitatorischen Gesichtspunkten der jetzige Zeitpunkt allerdings recht ungeeignet ist. Sollte aber auf die Frage „Was leistet der Verband?“ wirklich keine Antwort zu geben sein? Der Kassenbericht für

1914 gibt hierfür doch eine Reihe Anhaltspunkte, um solchen Frager eine zutreffende Antwort geben zu können. Uebrigens, die Solidarität, die in den Sammlungen, die doch auch nur unter den organisierten Kollegen vorgenommen werden, zum Ausdruck kommt, soll so gar nicht agitatorisch wirken? Am merkwürdigsten berührt uns die Behauptung, daß die uns Fernstehenden, die erst angehalten werden, sich uns anzuschließen, besser orientiert sein sollen, als unsere Mitglieder, die um eine Antwort auf die Behauptung, andere Verbände leisten mehr, auch nicht verlegen sein dürften. Uebrigens, was die einzelnen Verbände während der Kriegszeit geleistet haben, wird erst nach dem Kriege vergleichbar sein, weil die noch zu machenden Aufwendungen sehr unterschiedlich sein können und wahrscheinlich auch sein werden.

Die Verschmelzungsfrage, die in diesem Zusammenhange mit hineingezogen wird, erscheint uns gewiß nicht unwichtig, aber diese ausgerechnet in gegenwärtiger Zeit zur Diskussion zu stellen, halten wir für nicht angebracht. Auf die summarische Behauptung, die kleinen Verbände haben überhaupt keinen Zweck, gehen wir jetzt nicht ein. Dazu wäre mehr zu sagen, als in einer redaktionellen Anmerkung unterzubringen ist. Nur das eine sei hierzu bemerkt, daß über die Frage, ob unser Verband noch einen Zweck hat, die Kollegen, die heute im Felde stehen und an Zahl die Dahingeblichen überlegen, auch noch ein Wörtchen mitzureden haben. Lassen wir diese erst wieder in unsere Reihen kommen, vielleicht werden sie manches Argument hervorbringen, an das in der Magdeburger Versammlung niemand gedacht hat.

Uersammlungs-Anzeigen

Kahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Magdeburg. Sonnabend, 4. März, 8^{1/2} Uhr, bei Harnack, Schmidstr. 58.

Adressen-Henderungen

Mengersgereuth. Kassierer Ferdinand Hollmann wohnt jetzt Oberlind bei Sonneberg, Nr. 123.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.
Reinhard Frankfurter, Dreher, geboren am 9. Oktober 1894 in Königswalde, gefallen am 8. Oktober 1915 an der Lorettoböhe (Frankreich). Mitglied der Zahlstelle Roßlau.
Otto Geppert, Maler, geboren am 1. Juni 1893 in Wilhelmsthal, Kreis Falkenberg (D.-Schl.), am 5. Oktober 1915 in einem Kriegslazarett an den Folgen einer in der Champagne erhaltenen schweren Verwundung gestorben. Mitglied der Zahlstelle Tiefenfurt.
Max Storch, Maler, geboren am 29. November 1886 in Rudolstadt, am 11. Februar an Tuberkulose verstorben, nachdem er bereits im Herbst v. J. wegen Krankheit vom Heere entlassen werden mußte. Mitglied der Zahlstelle Volkstedt.
 Ehre ihrem Andenten!

Sterbetafel.
Stadtilm. Albert Städtler, Gießer, geboren am 4. März 1861 in Kloster-Beßra, gestorben am 11. Februar an Lungenkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 2 Jahre 9 Monate. Mitglied seit 1894.
 Ehre ihrem Andenten!

Arbeitsmarkt
 Offentl. Beschäftigung nur bei Vorzeig. Einweisung

Suche einen **Brenn- und Brennofenarbeiter**
 bei dauernder Stellung und gutem Verdienst.
August Kuhlmei, Blamentopffabrik, Spandau.

Wir suchen für sofort **mehrere tüchtige Dreher** für dünne Becher und Schalen, sowie **mehrere flotte Brennhaus-Arbeiter** zum Einfüllen von Hohl- und Flachgeschirr.
Schleifische Porzellanfabrik P. Donath & m. b. H.
 Tiefenfurt i. Schl., Bahnstation Rauscha (D.-Schl.)

Abdreher, Einformer, Ueberformer, Gießer
 und ein tüchtiger **Drucker**
 zum sofortigen Eintritt gesucht.
Steingutfabrik Staffel, G. m. b. H.
 Staffel bei Limburg a. d. Lahn.

Für unsere Kochgeschirr-Abteilung stellen wir noch einige **Scheibentöpfer**
 bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung ein. Reisevergütung wird gewährt.
Zölln-Meißner Ofenfabrik „Saxonia“ G. m. b. H. Meißen.

Zu sofortigem Antritt werden gesucht ein **Kapfeldreher,** ein **Formengießer (Modellabgießer),** ein **Brenner,** einige **Maler und Dreher**
 für **Auslands-Gebrauchsgeschirre.**
G. Riedel & Co., Porzellanfabrik
 Laasdorf bei Roda (S.-H.).

Suche einen **Schmelzer für Muffelöfen**
 bei dauernder Stellung.
Rich. Stephan,
 Berlin SO., Neanderstr. 16.

Von größerer Steingutfabrik werden tüchtige und gewandte **Cellerdreher, Einformer, Ueberformer, Garnierer**
 bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung gesucht. Meldung an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beitzteile 30 Pfennig **Geschäfts-Anzeigen** Bereitsbestellung ist Bedingung

Schwämme für Dreher, Zymocca, Elefantenhoren a 100 Stk. Für **Kleingeschirr, Garnierung, Druckerei, Brenner** per Hundert 15-60 M. versendet in Posten nicht unter 30 Mark gegen Nachnahme
H. Michelsohn,
 Berlin, Prenzlauerstr.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle
 Zahlte weil grossen Umsatz höchste Preise
 Edelmetall-Schmelzer
 Gegründet 1896
Edel-Metall-Schmelzer
 Gegründet 1896
Goldschmied kauft
 Galle schnelle Bed.
Otto Seifert, Zwickau S.
 Osterwelstrasse 32.

Goldschmied, goldb. Malrückstände u/w.
 kauft **M. Köbler, Dresden-H., Gericht-Strasse 8 U.**
 hohe Preise. - Beste Bedienung. - Sofort Raff.

Heraus geg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22